Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung“ gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 551. Halle, Dienstag, den 25. November. 1919.

Kein Abbruch der Verhandlungen.

Der Grund der Rückreise Simsons.

WTB. Berlin, 24. November. (Drahtnachricht.) Ministerialdirektor von Simson, der heute mittag aus Paris zurückgekommen ist, hat dem Kabinett über seine Pariser Verhandlungen Bericht erstattet. Seine Rückkehr erfolgte, weil in der Angelegenheit der Versenkung der Flotte bei Scapa Flow neue Instruktionen notwendig sind. Alle Kombinationen, als hänge die Abreise des Herrn von Simson mit der Haltung des amerikanischen Senats zusammen, sind also gegenstandslos geworden. Deutschland hat ein Interesse nicht an der Verzögerung, sondern an dem Abschluß des Friedens. Damit werden auch die Andeutungen hinfällig, als bedeute die Abreise des Herrn von Simson einen Abbruch der Verhandlungen.

Die Gründe des deutschen Widerspruchs.

WTB. Paris, 24. Nov. In dem Blatte „La Presse de Paris“ schreibt der „Temps“: Nach Mitteilung aus Berlin widersprechen die Deutschen hauptsächlich drei Bestimmungen des Protokolls oder des Friedensvertrages, zunächst der Verantwortlichkeit für die Vernichtung der deutschen Flotte in Scapa Flow. Darauf könne am besten die britische Regierung antworten. Ferner erklärte die Reichsregierung, daß die öffentliche Meinung in Deutschland ihr nicht gestatte, den Alliierten die Deutschen auszuliefern, die Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen hätten. Aber die Alliierten können nicht zulassen, daß eine Bestimmung verletzt werde, die die Gerechtigkeit versinnlicht. Endlich widerspreche man in Berlin, weil das vom Fünferrat festgestellte Protokoll militärische oder andere Maßnahmen vorsehe. Dies sei mit dem Friedenszustand unvereinbar. Der Friedenszustand von Frankfurt sah auch eine militärische Maßnahme vor, falls die französische Regierung nicht pünktlich für den Unterhalt der deutschen Besatzung sorgen würde.

Ein „Theatercoup“.

WTB. Paris, 23. Nov. Der „Temps“ schreibt anläßlich der Abreise des Ministerialdirektors von Simson von einem Theatercoup, worüber er Aufklärung verlangt. Dränge doch Deutschland seit fünf Monaten darauf, daß der Vertrag von Versailles in Kraft gesetzt würde. Der „Temps“ glaubt, daß die deutschen Bevollmächtigten den Eindruck hätten erwecken wollen, daß sie über die Bedingungen erstaunt seien, die man ihnen in Paris gestellt habe. Sie waren ihnen aber seit drei Wochen bekannt. Die Gefangenenfrage sei an die Inkraftsetzung des Friedensvertrages gebunden. Für das Votum der Nationalversammlung sei kein Platz, da ja ein vorher abgeschlossenes Abkommen nicht vorliege. Der „Temps“ fragt sich deshalb, ob nicht in der deutschen Regierung oder in ihrer Umgebung Männer seien, die den Frieden unter dem Vorwande in Frage stellen wollten, daß der amerikanische Senat den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, und ob nicht hinter der deutschen Regierung militärische und reaktionäre Einflüsse wirkten, die die Inkraftsetzung des Vertrages um jeden Preis verhindern wollen, um die Entwaffnung Deutschlands und die Befestigung der demokratischen Regierungsform zu verhindern. Die deutsche Regierung habe das Wort.

Laut „Presse de Paris“ bildet die Abreise Simsons und seiner Mission vorwiegend den Gesprächsstoff. Die Gründe, die der deutsche Diplomat angebe, seien nicht überzeugend, wenn er sage, man müsse die deutsche Nationalversammlung über das Protokoll befragen, so mache er sich lustig, denn der Inhalt des Protokolls sei seit Beginn des Novembers bekannt. Es könne sich also nur um ein Manöver handeln. Deutschland wolle das Zögern des amerikanischen Senats ausbeuten. Aber dieses Manöver werde der Fünferrat durchkreuzen. Uebrigens müsse man wiederholen, daß die Regierung von Berlin am meisten daran interessiert sei, das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles sicher zu stellen.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ über Simson und die Baltikumfrage.

WTB. Berlin, 24. November. Wie der „Deutschen Allg. Zeitung“ bestätigt wird, ist der Führer der deutschen Delegation in Paris, welcher die Aufgabe hatte, über die Verbandsnote wegen eines Zusatzprotokolls zur Friedensratifikation zu verhandeln, mit den Angehörigen der Delegation nach Berlin zurückgekehrt. Das Kabinett wird in seiner heutigen Sitzung die Berichte über den Gang der Unterhandlungen in Paris entgegennehmen. Ueber den Inhalt dieser Mitteilungen ist amtlich zur Stunde noch nichts bekannt.

Das Kabinett wird sich, laut „Deutscher Allg. Ztg.“, in seiner heutigen Sitzung mit den außerordentlich schwierigen und ernsten Verhältnissen im Baltikum befassen.

Das Blatt erfährt weiter, daß die Verbandskommission zur Prüfung der baltischen Angelegenheiten die Beförderung größerer Truppenmassen, die den deutschen Truppen im Baltikum zu Hilfe kommen sollen, abgelehnt hat. Wolle man auch zugeben, daß die Truppen von ihren Führern verführt worden seien, daß zum Teil seitens dieser Führer mit gefälschten Befehlen der Reichsregierung gearbeitet worden sei, so müsse doch andererseits daran erinnert werden, daß die Truppen von der Reichsregierung seit dem Juli aufgefordert wurden, in die Heimat zurückzukehren.

Die Ostseeblockade ist sicher auf das Konto dieser Vorgänge zu setzen. Die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage ist auch durch diese Vorgänge im Baltikum beeinflußt worden.

Weiter schreibt die „Deutsche Allgem. Ztg.“: Ein Berliner Mittagsblatt bringt die Nachricht, General von Eberhardt habe vom Reichswehrminister Noske Kleidung, Sold und Verpflegung für die Truppen im Baltikum erbeten. Der Reichswehrminister Noske hätte es abgelehnt, dem Folge zu leisten. In dieser Form dürfte die Nachricht nicht zutreffen. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen. Andere Verkehrsmöglichkeiten gibt es nicht. Es ist anzunehmen, daß im Rahmen des Möglichen versucht werden wird, den Truppen Sold und Verpflegung zuzuführen, und daß man auch Kleidung bereitstellen wird, sobald diese Truppen die Grenze überschreiten.

Die Lage im Baltikum.

WTB. Berlin, 24. Nov. (Privattelegramm.) Ueber die Lage im Baltikum wird berichtet: Die Reste der deutschen Legionen, verschiedene Freikorps, darunter das von Brandis, haben sich südlich von Mitau gesammelt. Der rechte Flügel steht bei Krnki in Verteidigung. Der linke Flügel hält die Bahn Mitau—Schaulen. Hier sind fünf aus Mitau kommende Flüchtlingszüge mit vorwiegend deutschstämmigen Flüchtlingen von den Litauern zusammengeschossen worden. Bisher sind

50 Tote und 150 Verwundete

gemeldet. Es wird versucht, die Bahnstrecke offen zu halten, damit wenigstens der Rücktransport der übrigen Flüchtlinge vor sich gehen kann. Die Eiserne Division geht anscheinend ziemlich geordnet zurück. Die Reste des linken Flügels, meist aus Russen bestehend, sollen sich im Raume Murajewo-Popeljany versammeln. Nach Abmarsch der Gruppe Plehwe, die bei Libau stand, ist die linke Flanke gegen die von Libau vorrückenden Letten offen. Sie wird durch schwächere Abteilungen östlich Prekulu gesichert. Die

Litauer setzen ihre Angriffe

gegen die Bahn Mitau—Schaulen fort. Radswillischki ist von ihnen besetzt. Sie sind weiterhin bis Szylany vorgedrungen. Die von Schaulen ausgehenden Bahnen sind bis Szylany in deutscher Hand. Admiral Hopmann wird mit der Ententekommission in Schaulen erwartet. Im Ganzen ist die Lage außerordentlich ernst, an einigen Stellen verzweifelt.

Hindenburgs Dank.

WTB. Berlin, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Kundgebung ersucht: Gelegentlich meiner Reise nach und von Berlin, sowie während meines Aufenthaltes daselbst und auch nach meiner Rückkehr nach Hannover sind mir wieder von Einzelnen, wie von Vereinigungen zahlreiche Beweise freundlicher Gesinnung in Form von Begrüßungen, Schreiben, Telegrammen, Blumen und sonstigen Gaben entgegengebracht worden. So sehr diese Aufmerksamkeiten mich erfreut haben, so wenig bin ich in der Lage, meinen herzlichsten Dank hierfür einzeln auszusprechen. Ich bitte daher dies ausschließlich durch diese Veröffentlichung tun zu dürfen.

Hannover, 23. November 1919.

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Maßregelung des Obersten Reinhard?

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtnachricht.) Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, den Obersten Reinhard (nicht zu verwechseln mit dem Kriegsminister, der in Anerkennung seiner Dienste um die Republik vor einigen Tagen zum ersten republikanischen General ernannt worden ist, wobei vielleicht der Wunsch maßgeblich war, Verwechselungen mit dem Truppenkommandeur zu vermeiden) wegen der Gestellung der Ehrenkompagnie anläßlich der Anwesenheit des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, zu maßregeln.

Maßnahmen für Bitterfeld.

WTB. Berlin, 24. November. Bei der großen Bedeutung, die die Bitterfelder Werke, in Sonderheit das dortige Fernkraftwerk, auch für Berlin haben, ist es unbedingt erforderlich, daß dort alle Arbeitsstörungen vermieden werden. Da sich in letzter Zeit etliche grundlose Meinungsverschiedenheiten zwischen den Betriebsleitern und einem Teil der Arbeiterschaft zeigten, und da Anzeigen dafür sprechen, daß solche Meinungsverschiedenheiten zu Gefährdungen dieser lebenswichtigen Betriebe führen könnten, werden, soweit dies erforderlich ist, alle notwendigen Maßnahmen getroffen. Es bleibt im übrigen zu hoffen, daß die Arbeiterschaft sich auch die notwendige Arbeitsdisziplin festzuhalten bezw. wiederzugewinnen wissen wird.

Deutsche Kinder nach Dänemark.

WTB. Berlin, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Der dänische Minister Stanning hat auf das Telegramm des Reichskanzlers aus Kopenhagen folgende Antwort gesandt: Habe Aufenthaltserlaubnis für eine neue Anzahl deutscher Kinder bei dänischen Arbeitern für die nächste Zeit erwirkt. Es ist den dänischen Sozialisten eine Freude, an der Heilung der vom Kriege geschlagenen Wunden mitwirken zu können.

Die Gefangenen in Indien und Japan.

WTB. Berlin, 24. Novbr. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Obgleich die Heimkehr der in Indien befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen seitens der englischen Regierung bereits vor einiger Zeit grundsätzlich genehmigt worden ist, verzögert sich der Abtransport leider immer noch durch Schwierigkeiten, die bei Beschaffung des geeigneten Schiffraums zu überwinden sind. Inzwischen ist die britische Regierung durch die übliche neutrale Vermittelung gebeten worden, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß aus Gründen der Menschlichkeit den durch jahrelange Gefangenschaft körperlich und seelisch aufs äußerste niedergedrückten deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Indien bis zum Abtransport in die Heimat möglichste Freiheit der Bewegung und sonstige tunlichst weitgehende Erleichterung ihres Loses gewährt wird.

Die Einrichtung der Dampfer für die Heimschaffung der Gefangenen aus Japan wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß sich der Abtransport erst im Dezember und Januar ermöglichen lassen wird.

Verbot der Zeichnung der Sparprämienanleihe.

WTB. Saarbrücken, 24. Nov. Der Chef du service financier von der Obersten Verwaltung des Saargebiets hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach den Banken des Saargebiets verboten wird, sich an der gegenwärtig zur Zeichnung aufliegenden deutschen Anleihe zu beteiligen. Die Banken haben, falls sie schon Zeichnungen angenommen haben, dem Chef du service financier ein Verzeichnis derselben zu übersenden.

Zeitungsverbot.

WTB. Leipzig, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Die „Leipz. Volkszeitung“ ist in der belgischen Besatzungszone ohne Angabe von Gründen auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Verfrühte Nachrichten über eine neue Verkehrssperre.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtnachricht.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind alle Nachrichten über eine neue Verkehrssperre verfrüht. Vorläufig wird noch das Material über die verflossene Verkehrssperre gesammelt, um ihre Wirkungen festzustellen. Ehe das genaue Resultat dieser Untersuchungen vorliegt, ist die Einführung einer neuen Verkehrssperre nicht zu erwarten.

Wann erfolgt die Besetzung deutscher Grenzgebiete.

Basel, 24. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die Times melden aus Paris: Der Rat der Alliierten hat die Besetzung Oberschlesiens für Mitte Dezember und die Besetzung der west- und ostpreußischen Gebiete für den 20. Dezember beschlossen.

Um das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtnachricht.) Das Betriebsrätegesetz macht den Regierungsparteien große Schwierigkeiten. Nach allem, was aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist kaum damit zu rechnen, daß die Demokraten vom Standpunkt ihres Kompromißvorschlages abweichen werden, obwohl allerdings ein Teil des linken Flügels der Partei zu Zugeständnissen bereit scheint. Das Zentrum hat sich vorläufig Entschließungsfreiheit vorbehalten. Seine Stellungnahme ist noch nicht völlig geklärt. Ein Teil des Zentrums ist gleichfalls zu Zugeständnissen bereit, doch dürfte die Partei in ihrer Gesamtheit sich nicht für die Auffassung der Sozialdemokratie aussprechen.

Einigung in der amerik. Bergarbeiterbewegung.

WTB. Amsterdam, 24. Nov. Nach einer Reutermeldung hat der Präsident des Bergarbeiterbundes im Namen der Braunkohlenarbeiter den Vorschlag des Arbeitersekretärs auf Lohnerhöhung der Häuer von 27 Cts. pro Tag und 31 Prozent Lohnerhöhung für die übrigen Bergarbeiter angenommen.

Vertagung des Obersten Wirtschaftsrates.

WTB. Rom, 24. November. (Drahtnachricht.) Der Oberste Wirtschaftsrat führte gestern seine Arbeiten zu Ende und vertagte sich bis Mitte Januar nächsten Jahres.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191125016/fragment/page=0001
DFG

Ackerland für invalide Offiziere.

Wien, 24. November. (Eigene Drahtnachricht.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz, nach dem invalide Offiziere als Anerkennung für die dem Vaterlande geleisteten Dienste Ackerland im Ausmaß von 24 Hektar zugewiesen erhalten. Die Zuweisung erfolgt zugleich mit der Zwangsenteignung unter den gleichen Zahlungsbedingungen wie für die Soldaten.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 24. Nov. (117. Sitzung.) Das Haus ist schwach besetzt.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs einer Reichsabgabenordnung.

Präsident **Fehrenbach** stellt die ausstehenden Abstimmungen über die §§ 5, 11 und 14 abermals vorläufig zurück, macht aber darauf aufmerksam, daß er bei dem nächsten strittigen Paragraphen auch über die ausstehenden anderen Paragraphen abstimmen lassen werde.

Beim dritten Abschnitt

Finanzämter

spricht

Abg. **Brodauf** (Dem.) über die Uebertragung von Steuergeschäften an die Gemeindesteuerämter. Die Heranziehung der geübten Gemeindesteuerbeamten zur Reichssteuerverwaltung sei erwünscht.

Unterstaatssekretär **Moesle**: Wieweit die Gemeindesteuerbeamten zum Reichsdienst herangezogen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Natürlich wird auf die geschulten Kräfte zurückgegriffen werden.

Eine große Reihe von Paragraphen wird in der Ausschußfassung mit unwesentlichen Abänderungen ohne erhebliche Debatte angenommen.

Zu § 172 wird ein Antrag **Düringer** (Dn.) angenommen, wonach dem Steuerpflichtigen bei seiner Vorladung vor dem Finanzamt schriftlich die Punkte mitzuteilen sind, über die er sich äußern soll.

§ 175 wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso § 5 nach Ablehnung der Abänderungs- und Streichungsanträge.

Zu § 11 wird ein Abänderungsantrag **Löbe** und **Burlage** angenommen, wonach die Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter durch Reichsgesetz bis spätestens zum 1. April 1921 zu geschehen hat.

Dem § 14 wird auf Antrag **Katzenstein** (Soz) ein Absatz hinzugefügt, der die Richter des Finanzgerichts für ihre dienstlichen Bestrafungen u. a. den Mitgliedern des Reichsfinanzhofs gleichstellt.

§ 194 bestimmt: „Wer Erzeugnisse, die nach den Verbrauchsabgabengesetzen zu versteuern sind, gewinnen oder herstellen will, hat dies dem Finanzamt anzumelden."

Der Antrag **Jungnickel** (Soz.), zu sagen: „Wer Gegenstände gewinnen, herstellen oder umsetzen will, an deren Gewinnung, Herstellung oder Umsatz eine Steuerpflicht geknüpft ist, hat dies usw.", wird angenommen.

Zu § 210 wird ein Antrag **Burlage** angenommen, wonach die Vorschriften des Absatzes 3 § 210 (Beschwerde gegen Steuerschätzungen) nicht gelten für den Fall der Verweigerung einer Versicherung an Eidesstatt.

In § 212 wird bestimmt, daß Neuveranlagungen zulässig sind, wenn die Nachprüfung eine eigene Veranlagung rechtfertigt, auch bei der Erbschaftssteuer.

Der Ausschuß hatte die **Erbschaftssteuer** davon **ausgenommen**.

Abg. **Simon-Schwaben** (Soz.) beantragt, die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Die Abgg. **Schneider-Franken** (Ztr.) und **Ludewig** (Dem.) sprechen gegen, Abg. **Katzenstein** (Soz.) für den Antrag, der angenommen wird.

Abg. Dr. **Taucher** (Ztr.) beantragt die Einfügung eines § 355a, wonach straffrei bleibt, wer in unverschuldetem Irrtum über das Bestehen oder die Anwendbarkeit steuerrechtlicher Vorschriften die Tat für erlaubt gehalten hat.

Abg. Dr. **Siehr** (Dem.) stimmt dem Antrage zu.

Abg. Dr. **Braun-Franken** (Soz.) beantragt zu diesem Antrag einen Zusatz, der den Antrag noch drei Jahren außer Kraft treten lassen will.

Abg. Dr. Graf **zu Dohna** (D. Vpt.) tritt für den Antrag Taucher ein, ist aber gegen eine zeitliche Beschränkung der Klausel.

Der Antrag Taucher wird **angenommen**, der Antrag Braun **abgelehnt**.

Ohne erhebliche Abänderungen wird nach den Beschlüssen des Ausschusses der Rest des Gesetzes angenommen.

Abstimmungen über die Entschließungen des Ausschusses, über die Petitionen, über den Zehnerausschuß für die Ausführungsbestimmungen usw. werden zur dritten Lesung zurückgestellt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: **Anfragen** und kleinere Vorlagen.

Schluß 6 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Entente verweigert die Genehmigung für Fahrpläne.

WTB. Mainz, 24. Nov. Die interalliierte Eisenbahnkommission hat den ab 22. November beabsichtigten Eisenbahnfahrplan für das besetzte Gebiet nicht genehmigt, sondern die seit dem 12. November durchgeführte Einstellung des Personenzugsverkehrs bis zum 30. November einschließlich verlängert. Hinsichtlich des Zugverkehrs an Sonntagen tritt vorerst keine Aenderung ein.

Schulferien infolge Kohlenmangels.

WTB. Ansbach, 24. Nov. Wegen Kohlenmangels bleiben sämtliche städtischen Schulen bis Ende des Monats geschlossen.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Berlin, 24. November. Vormittagsziehung. 15 000 Mark auf Nr. 120 747. 5000 Mark auf Nr. 47 984, 64 437. 3000 Mark auf Nr. 722, 17 130, 27 645, 40 728, 48 054, 53 323, 54 836, 60 453, 73 528, 86 030, 98 501, 105 679, 109 756, 116 795, 117 214, 129 341, 140 283, 143 468, 149 973, 156 421, 167 688, 187 276, 189 952, 191 304, 192 237, 193 768, 200 620, 203 205, 203 534, 205 086, 208 343, 222 565, 224 702, 225 937, 230 372.

Ausland.

Das neue ungarische Ministerium.

Budapest, 24. Novbr. (Ung. Korr.-Büro.) Das neue Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Präsident Hußar, Inneres Boniczy, Kultus und Unterricht Haller, Staatssekretär Pekar, Handel Henrich (neu), Staatssekretär Miakits (Soz., neu), Volkswohlfahrt Payer (Soz., neu), Staatssekretär Szekely (neu), Aeußeres Graf Somssich, Justiz Dr. Bredzy (neu), nationale Minderheiten Bleyer, Krieg Friedrich, Staatssekretär Mesko (neu), Finanzen Baron Korányi, Ernährung Szabo-Nagyatad (neu), Staatssekretär Polyi-Keller (neu), Minister der kleinen Landwirte Szabo-Sokoropatka, Staatssekretär Palacs. Die Ministerien zur Verbindung mit der Entente, für gewerbliche Arbeiten und das Propagandawesen wurden aufgelassen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 25. November 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 24. November 1919.

Wahl eines neuen besoldeten Stadtrates. — Einführung der neuen unbesoldeten Stadträte. — Für die Südlinie des Mittellandkanals. — Die Wirtschaftsbeihilfe für städtische Beamte und Arbeiter.

Der heutigen Stadtverordnetensitzung ging um 3 Uhr eine vertrauliche Besprechung des Kollegiums voraus, in der sich die auf engere Wahl gestellten beiden Bewerber um den Posten des nach Frankfurt a. O. als Bürgermeister gewählten Stadtrats Kinne, Magistratsassessor **Steigleder** in **Dortmund** und Stadtrat **Fischer** in **Posen**, vorstellten und über ihren Werdegang sowie ihre Stellung zu wichtigen kommunalpolitischen Fragen Aufklärung gaben.

½5 Uhr begann dann die öffentliche Sitzung mit der Einführung der neugewählten unbesoldeten Stadträte. Oberbürgermeister Dr. Rive hielt dabei folgende

Einführungsrede:

„Drei Menschenalter umschließen beinahe den Kreis der Zeit, in dem die Stadtverordneten-Versammlung von Halle Wahlen zum Magistrat vollzogen hat. Viele Wahlen hat im Laufe dieser Jahrzehnte die Vergänglichkeit der Menschen und Zustände erheischt. Von allen aber sind es nur zwei, die nach innerem Anlaß und äußerer Erscheinung besondere Eigenart aufweisen, die erste Wahl vom Jahre 1832 und die letzte vom Jahre 1919. Beide führen sich zurück auf durchgreifende Aenderungen im Staatsleben; während die älteste Wahl alle Stellen des Magistrats umfaßte, galt die jüngste der größeren Hälfte der Stellen mit dem Vorbehalt baldiger Neuwahl auch für die übrigen. Aus der Geschichte unserer Stadt wissen wir, wie schwer dem erstgewählten Magistrat die Amtstätigkeit in der ungewohnten Selbstverwaltung und mit den neuen Amtsträgern wurde. Dichter könnte im Vergleiche dazu Amt und Aufgabe des heute neu sich bildenden Magistrats erscheinen, wenn man nur in Betracht zöge, daß jetzt die Selbstverwaltung tief im Gemeindeleben wurzelt, und daß die jüngst Gewählten schon drei bisherige Magistratsmitglieder unter sich zählten und im Magistrat die langjährigen besoldeten Amtsgenossen antrafen.

Indessen Zeiten, Menschen und Verhältnisse sind anders geworden. Was unseren ersten Amtsvorgängern das Amt erschwert hat, gilt heute nicht, heute ist andere Not, aber so große Not, daß wir bekennen müssen: Noch niemals hat der Eintritt in den Magistrat so harte Pflicht und so schwere Verantwortung auferlegt. War es in der Vergangenheit schwierig, den Gedanken der Selbstverwaltung zu verwirklichen, so wird es der Zukunft noch schwerer werden, ihn aufrechtzuerhalten und das **Werk der Selbstverwaltung vor dem Verfall zu bewahren**. Diese Sorge ist die ernsteste von allen, die den Einzug der jetzt gewählten Mitglieder in den Magistrat begleiten.

Und der anderen Sorgen sind noch so viele und so schwere! Sie stehen jedem von Ihnen deutlich vor Augen und lasten drückend auf dem Herzen, so daß es in dieser Stunde keines einzelnen Hinweises bedarf. Gleichwohl, m. H., Sie haben sich bereit erklärt, Sorge, Arbeit und Verantwortung auf sich zu nehmen, der Bedrängnis der wirren Gegenwart durch besonnenes Tun zu wehren und dem Dunkel der Zukunft mit hellem Gemeinsinn entgegenzutreten. Der Not des Volksganzen wie der Stadtgemeinde steuern letzten Endes äußere Maßnahmen wenig, wenn sie sich nicht aus einer alle treibenden sittlichen Kraft, aus einem alle erhebenden großen Gedanken herleiten. Diese Quelle ward einst in dunkler, verzweifelter Zeit, aufweckend die tief im Volke schlummernden Kräfte, der Gedanken der Selbstverwaltung und das Gefühl der Selbstverantwortung. Die Hoheit des Gedankens und die sittliche Macht des Gemeinsinns haben die Wege der Hilfe gewiesen, um ein freies, starkes Volk wieder erstehen, ein ungeahntes Gemeindeleben erblühen zu lassen.

Derselbe Gedanke, die gleiche Kraft weist den Weg zum Heil auch aus den Leiden unserer Zeit. Nur wenn wir entschlossen sind, Denken und Wollen selbst unter Opfern innerer Art allein auf das Gesamtwohl zu richten, unsere Liebe der Freiheit aller und unser Tun der Größe des Ganzen zu widmen, können wir uns wieder zu Freiheit und Größe emporringen.

„Die Erde wird durch Liebe frei,
Durch Taten wird sie groß."

Ihres Amtes sittlicher Gehalt ist der Gemeinsinn. Auf dieses Amt verpflichte ich Sie jetzt, indem Sie durch Handschlag gewissenhafte Erfüllung geloben."

Stadtverordnetenvorsteher **Hennig** dankte gleichfalls den neuen Stadträten für ihre Bereitschaft, die schwere Bürde eines Amtes als Magistratsmitglied zu übernehmen und wünschte ihnen ein Glückauf. Der Umschwung der Dinge hat das Volk in seinen breitesten Massen an der Wahl der Stadtverordneten beteiligt. Die Stadtverordneten, nach dem freiesten Wahlrecht gewählt, dürfen sich als die Vertrauensmänner der Bürgerschaft betrachten, und ihre Vertrauensmänner im Magistrat sind wieder die neugewählten Stadträte. Durch die Fraktionsbildung sind sie zugleich die Vertrauensmänner der Parteien, d. h. des Volkes, das sich selbst organisiert hat. Nicht persönlicher Vorteil und Gelderwerb treibt die Herren, sondern Pflichtgefühl und Liebe zur Vaterstadt. Der Vorsteher stattet zugleich den **sieben Stadträten, die aus dem Magistrat ausgeschieden sind, für ihre selbstlose Arbeit öffentlichen Dank ab**. Er weist ferner darauf hin, daß die neuen Stadträte zum erstenmal als Stadtverordnete ihre Aemter weiter **behalten, damit sei die engste Verbindung vom Stadtverordnetenkollegium zum Magistrat gegeben und Mißverständnisse zwischen den städtischen Behörden seien künftig ausgeschlossen.**

Der **2. Punkt** betrifft die Wahl eines **besoldeten Stadtrats**. Die Abstimmung ist geheim. Stv. **Keil** (Deutschdem.) erstattet das Referat. Abgegeben wären 64 Stimmen, davon entfallen auf

Stadtrat Fischer-Posen

52 Stimmen, Magistratsassessor Steigleder 12 Stimmen. Fischer ist somit gewählt.

Punkt 3 geht den

Bau des Mittellandkanals

an. Stv. **Ritter** (Deutschdem.) gibt an der Hand von Karten ein umfassendes Bild von den Vorzügen und Nachteilen der beiden noch verbliebenen Projekte, der Mittellinie und der Südlinie.

Einleitend bemerkt Vorsteher **Hennig**, daß die Hebung des Verkehrswesens für unser Mitteldeutschland zu einer Lebensfrage geworden sei. Wir müssen die Kraft der Flüsse voll zu Hilfe nehmen. Im Parlament haben die beiden Interessengruppen ihre Pläne entwickelt und nach stundenlangem Meinungskampf blieb als einziger Vorteil der Mittellinie, daß man durch sie die Ruhrkohle auf dem kürzesten und darum billigeren Wege nach Berlin bringen könne. Alle anderen Erwägungen sprachen für die Südlinie, die weite und wichtige Gebiete an das Kanalnetz anschließt. Sie stellt auch eine bessere Rentabilität in Aussicht; der Ruhrkohlenverkehr allein, wie er zugunsten der Mittellinie ins Treffen geführt wird, kann finanziell die großen Kosten des Kanalbaus nicht tragen. Wir handeln im Interesse des Vaterlandes, wenn wir uns für die Südlinie einsetzen.

Der Referent, Stv. **Ritter** (Deutschdem.), geht auf die Vorzüge der Südlinie in eingehendem Vortrag ein. Die Südlinie verfolgt denselben Weg, den auch die Eisenbahnen in ihrer Entwicklung genommen haben. Sie erschließt die großen Industrien am Harz, die Gegend von Staßfurt und darüber hinaus, das Anhalter Land mit den gewaltigen Bodenschätzen, das Halberstädter Gebiet und gibt den südlich gelegenen Städten Halle, Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Leipzig usw. Anschluß an das große Wasserstraßennetz. Bei Oschersleben zweigt sich die Südlinie. Der eine Arm mündet südlich von Magdeburg in die Elbe, der andere bei Bernburg in die Saale. Selbstverständlich muß die Saale im Zusammenhang mit dem Kanalprojekt ausgebaut, d. h. kanalisiert werden, und zwar in der Weise, daß künftig 600-Tonnen-Kähne dort verkehren können. Die Mittellinie soll zwar auch von Magdeburg aus Anschluß nach Bernburg und durch einen Stichkanal nach Halberstadt erhalten, aber das ist ein sehr unnatürliches Projekt, und es bleibt fraglich, ob es jemals ausgeführt wird, zumal es sehr kostspielig wird und keine Rentabilität verheißt. Von Magdeburg aus wird die Mittellinie propagiert. Wir erleben da das Ähnliche, wie einst vor 70 Jahren beim Bahnprojekt **Magdeburg—Leipzig**, wo man Halle beiseite liegen lassen und die Bahn über Bitterfeld führen wollte, eine verkehrspolitische Torheit, die der verdiente Ludwig Wucherer durch persönliche Vorstellung beim König in Berlin gerade noch vereiteln konnte. Halle ist heute wieder in einer ähnlichen Lage, es muß sich wehren gegen ein Projekt, das nicht bloß die hallischen Interessen verletzt, sondern die Volkswirtschaft ganz Mitteldeutschlands und darüber hinaus aufs schwerste zu schädigen geeignet ist. Heute müssen wir unsere Vertreter im Parlament für die Sache erwärmen und müssen ihnen dartun, daß uns nicht Kirchtumsinteressen leiten, sondern daß wir das **große allgemeine Wohl im Auge haben, weitausschauende Ziele der Volkswirtschaft**, wenn wir für die Südlinie eintreten. Vom Magistrat ist, — das wollen wir dankbar anerkennen —, seit Jahren dem Kanalprojekt sorgfältige Aufmerksamkeit gewidmet; der Magistrat hat in großzügiger Weise von langer Hand schon Maßnahmen getroffen, die mit der Südlinie in innigem Zusammenhang stehen.

Stv. **Manschewski** (Deutschdem.) führt noch des Näheren aus, daß der Schnellverkehr vom Westen nach dem Osten jetzt, wo wir Posen und Westpreußen verloren haben, nicht mehr die ausschlaggebende Bedeutung haben kann wie vor zwanzig Jahren, als das Kanalprojekt zum ersten Mal die Oeffentlichkeit beschäftigte und der Mittellandkanal vornehmlich als Kohlenweg vom Ruhrgebiet nach Berlin gedacht war. Die Südlinie schaffe eine ideale Verkehrsverbindung von Hannover nach Leipzig. Die gesamte Industrie Mitteldeutschlands ist für die Südlinie.

Stv. **Witte** (Mehrheitsloz.) tritt dar, daß die Südlinie die Voraussetzung bildet für die noch größeren Kanalpläne, mit denen man später einmal **Norddeutschland mit Süddeutschland** (zur Donau) verbinden will.

Stv. **Koenen** (Unabh.) hebt hervor, wie seit jener Zeit, wo das Kanalprojekt zum ersten Male dem Parlament vorgelegt wurde, die Verhältnisse sich stark zugunsten der Südlinie gewandelt haben. Eine gewaltige Industrie, **die Stickstoffindustrie**, an die damals noch niemand denken konnte, ist inzwischen in **der Merseburger Gegend** erstanden, ein neues großartiges Industriegebiet hat sich dort entwickelt, das in seinen Bezugsquellen und in seinem Absatz auf die Südlinie angewiesen ist.

Oberbürgermeister **Rive** betont, daß selbstverständlich nicht das Interesse Halles für die Entschließung im Vordergrunde stehen dürfe, sondern nur der Blick auf das große Ganze, sonst könne man der Bedeutung des geplanten Kulturwerks nicht gerecht werden. Es handelt sich um eine nationale Sache, bei der Egoismus zu schweigen hat. Der Magistrat hat dem Stadtverordnetenkollegium keine bestimmten Richtlinien vorgezeichnet, sondern hat nur Ansicht der Versammlung hören wollen, und er stellt mit Freuden fest, daß sämtliche Redner für die Südlinie sprechen. Der Magistrat hofft, in Gemeinschaft mit dem Stadtverordnetenkollegium das hohe Ziel, das uns das vaterländische Interesse weist, zu erreichen.

Die Versammlung erklärt sich einstimmig für die Südlinie und nimmt folgende Entschließung an:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle erachtet übereinstimmend mit dem Magistrat im Interesse des Reichs, des Landes und auch der Stadt Halle die Südlinie als die richtige. Der Durchgangsverkehr allein rechtfertigt nicht die Wahl der Nordlinie. Das Projekt der Mittellinie ist ein Kompromiß nach Namen und Inhalt, aber kein gutes, denn der Durchgangsverkehr muß einen Umweg machen und an Zwischenortsverkehr wird es dauernd mangeln.

Wir treten dafür ein, daß die Südlinie ausgebaut, daß aber gleichzeitig die Abzweigung nach der Saale beschlossen und durchgeführt wird, daß die bereits im Gesetz betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben vom 24. Dezember 1911 zugesagte Verbesserung des Fahrwassers der Saale, allerdings nicht für 400-Tonnen-Schiffe, sondern für Kanalschiffe, rechtzeitig zur Ausführung kommt.

Im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands liegt es, daß alle drei für das mitteldeutsche Industriegebiet nötigen Arbeiten gleichzeitig fertig werden."

4. Für den Ausbau der **Umformeranlagen der Straßenbahn** werden, wie Stv. **Ritter** (Deutschdem.) darlegt, 830 000 Mark verlangt. (Die Vorlage ist unseren Lesern im Einzelnen bekannt.) **Die Versammlung stimmt debattelos zu.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191125016/fragment/page=0002

Die Punkte 5, 6 und 7 betreffen

die Beschaffungsbeihilfen

für die städtischen Beamten sowie für die Kriegsaushilfen und die städtischen Arbeiter. (Wir haben mehrfach darüber berichtet und brauchen heute nicht noch mal darauf einzugehen. Red.)

Stv. Manschewski (Deutschdem.) referiert im Namen des Haushaltsausschusses. Er gibt ein Bild von dem Verlauf der dortigen Verhandlungen, sowohl von der ersten wie von der zweiten Lesung. Der Ausschuß hat schließlich mit ganz geringer Mehrheit einen Antrag angenommen, wonach die Beamten die vom Magistrat vorgeschlagenen Sätze, die den staatlichen Sätzen genau entsprechen: 1000 Mark für Verheiratete, für jedes Kind 200 Mark, für Ledige 600 Mark, die im Ruhestand lebenden Beamten sowie ihre Hinterbliebenen 50 bis höchstens 100 Prozent dieser Sätze erhalten sollen. Der Redner weist darauf hin, daß auch die Hilfskräfte und die städtischen Arbeiter bedacht werden müssen. Wenn auch erst im Juni mit diesen Gruppen Tarife abgeschlossen seien, so haben sich doch inzwischen die Lebensverhältnisse wieder stark verteuert. Der Ausschuß empfiehlt deshalb, jeden dieser Berufsgruppen mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 16 Mark pro Woche und für jedes Kind noch 4 Mark zuzulegen. Nur die Arbeiter der städtischen Grube Carl-Ernst, mit denen besondere Tarife bestehen, sollen ausgenommen werden. Die Kosten sind durch Steuerzuschläge aufzubringen, und zwar mit etwa 80 Prozent, die im nächsten Vierteljahr nacherhoben werden sollen.

Stv. Müller (Mehrheitssoz.) bringt einen Antrag ein, wonach die verheirateten Kriegsaushilfen und Arbeiter 20 Mark pro Woche, die Ledigen 12 Mark Zulage erhalten sollen, für jedes Kind 5 Mark. Grundsätzlich erklärt er sich namens seiner Partei dafür, daß die Kriegshilfen und Arbeiter in der gleichen Weise behandelt werden müßten wie die städtischen Beamten.

Stv. Osterburg (Unabh.) erklärt sich ebenfalls für gleichmäßige Behandlung. Er bringt aber einen Antrag ein, den Verheirateten 25 Mark pro Woche, den Ledigen 18 Mark, für jedes Kind 4 Mark zu zahlen.

Stv. Balke (Deutschdem.) meint, Anträge, die über den Vorschlag des Ausschusses hinausgehen, ließen sich finanziell nicht übersehen. Der Antrag des Ausschusses folgt sowohl hinsichtlich der Beamten wie der Arbeiter den Sätzen, die Reich und Staat bezahlt haben. Bei den Arbeitern geht der Ausschußvorschlag noch etwas über die staatlichen Sätze hinaus. Wenn die Sätze für die städtischen Beamten etwas höher seien als die für die Arbeiter, so müsse man bedenken, daß gegenüber dem Friedenseinkommen die Bezüge der Beamten nur um etwa 80 Prozent gestiegen sind, die Bezüge der Arbeiter aber um etwa 300 Prozent.

Es entspinnt sich eine lange Debatte. Schließlich werden mit 32 gegen 30 Stimmen die Anträge Osterburg sowohl wie Müller abgelehnt und die Anträge des Ausschusses angenommen.

8. Entsprechend einem Magistratsantrage beschließt die Versammlung, die aufkommenden Zinsen des Fonds für vorbeugende Armenpflege (ca. 1700 Mk. jährlich) bis auf weiteres der Armendirektion zur Verwendung als einmalige Unterstützungen außerhalb des Rahmens der öffentlichen Armenpflege zu überweisen. (Ref. Stv. Weschke.)

9.—11. Für die Feuerwehr werden 7500 + 500 + 350 Mk. nachbewilligt. (Ref. Stv. Steinbrück (Deutschnat.)

12—14. Für das Gaswerk werden 252 562 Mk., für die Paul-Riebeck-Stiftung 17 958 Mk., für das Wasserwerk 119 939 Mk. nachbewilligt. (Ref. Stvv. Weschke, Ritter, Borges.)

15. Für Instandsetzungen beim Gaswerk und beim Wasserwerk stellt man dem Kuratorium noch je 50 000 Mk. zur Verfügung. (Ref. Stv. Weschke.)

16. Durch die bevorstehende Rückgabe des unbebauten Flugplatzgeländes an die Stadt wird der darunter anstehende Kohlenvorrat zur Gewinnung verfügbar. Infolgedessen ist eine Vorrichtung des nordöstlichen Feldesteiles der Grube Vereinigter Carl-Ernst einzuleiten. Das bedingt die Anschaffung einer Pumpanlage zum Preise von 20 000 Mk., die bewilligt werden. (Ref. Stv. Gräfe, Unabh.)

17. Das Einkaufsgeld der Paul-Riebeck-Stiftung wird auf 3000 Mk. erhöht. Bisher betrug es 1000 Mk. (Ref. Stv. Ritter, Deutschdem.)

18. Die gesamten Ueberschüsse der städtischen Sparkasse in Höhe von 609 643 Mk. beschließt man, mit Rücksicht auf die kolossalen Kursverluste an Wertpapieren dem Sicherheitsfonds zuzuweisen. (Ref. Stv. Manschewski, Deutschdem.)

19. Frau Stv. Binner (Unabh.) befürwortet den Antrag des Sozialen Ausschusses, die Haus- und Krankenpflege auf die Stadt zu übernehmen.

Stadtrat Tepelmann verneint dafür das Bedürfnis. Gewiß muß den kranken Frauen unter allen Umständen ausreichende Hilfe gewährt werden; aber das geschehe auch schon jetzt durchaus. Der Verein, der die Sache betreibe, wirke außerordentlich segensreich und verdiene Dank für seine selbstlose Arbeit.

Frl. Stv. Schrecker (Deutschdem.): Wenn auf diesem Gebiet bisher irgend etwas versäumt würde, wäre ich unbedingt für den Standpunkt der Frau Binner. Aber im Sozialen Ausschuß ist nicht ein einziger Fall vorgebracht, wo die Hilfe des Vereins irgendwie versagt hätte. Richtig ist, daß die erkrankten Frauen die Hilfe nur im geringen Umfange annehmen. Sie haben eben eine Scheu, Fremde in ihren Haushalt hineinzulassen. Darum wird der Verein so wenig in Anspruch genommen. Und das wird sich auch nicht ändern, wenn die Stadt etwa solche Pflegerinnen anstellen würde. Aber mir scheint, da der Verein für Krankenpflege wirklich in jeder Weise Hilfe gewährt, die Zeit nicht angebracht, hier zu kommunalisieren und ihn durch die Stadt abzulösen.

Es entwickelt sich eine langausgesponnene Debatte. Um ¾8 Uhr sind noch mindestens ein reichliches halbes Dutzend Redner gemeldet. Darauf verlassen die Pressevertreter einmütig fluchtartig den Saal. Die Presse kann also nicht über den Ausgang der Sache berichten.

Der Kilian-Prozeß.

Zwölfter Tag. — Zweiter Teil.

Der im Klüberprozeß zu Zuchthaus verurteilte Schauspieler Gierold wird auf Antrag Kilians vernommen über

Pläne der Artillerie gegen den Arbeiterrat,

die er von einem gewissen Kurt Hätzel gehört haben will. Hätzel wäre bei der Artillerie gewesen. Wo er sich jetzt befindet, weiß er nicht. Einige Tage vor dem Streik hätte Hätzel ihm, dem Zeugen, zwei Photographien gezeigt, deren eine das Bild des Angeklagten zeigte. Beide sollten nach Berlin im Auto gefahren, unterwegs aber beseitigt werden. Gierold sollte bestimmt werden, das Auto zu fahren. Hätzel hätte ihm später, am 1. März, gesagt, er solle sich bei Leutnant Schmidt melden, der mittags 12 Uhr auf dem Rathaus sein würde. Nun wurde aber durch Leutnant Schmidt festgestellt, daß gar niemand wissen konnte, ob er um 12 Uhr auf dem Rathaus sein würde. Denn er sei erst von Oberstleutnant Klüber auf dem Wege von Ammendorf hierher bestimmt worden, mit nach dem Rathaus zu gehen, und er sei auch nach 12 Uhr dorthin gekommen. Das konnte aber Gierold nicht wissen.

Parteisekretär Böttge bestreitet, daß Kilian am 1. März vom Stadthaus herab gesprochen hat. Er wird über die Begegnung mit Lt. Schmidt befragt und da erzählt er denn, daß er mit Herbig und einem Dritten den Lt. Schmidt vom Stadthaus nach dem Gambrinus auf der Merseburger Straße gebracht hätte, wo Schmidt in ein Zimmer gesperrt wurde. Dem Ersuchen Schmidts, ihn doch in die Artilleriekaserne einzulassen, wurde nicht stattgegeben. Im Gambrinus wurde Schmidt mehrere Stunden festgehalten, selbst noch 2 Stunden nach Eintritt der Dunkelheit, und Böttge hat sich nicht mehr um ihn gekümmert. Böttge erzählt, er wäre mit der Elektrischen nach der Stadt gefahren, aber er vergaß dabei, daß an diesem Tage die Straßenbahn nicht gefahren ist, denn die Straßenbahner streikten bekanntlich. Der Zeuge erklärt diese Vergeßlichkeit so, daß er nur damit habe ausdrücken wollen, er hätte auf dem kürzesten Wege nach der Stadt gewollt, während sie Schmidt auf Umwegen durch menschenleere Straßen nach dem Gambrinus gebracht hatten.

Der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes Herbig aus Merseburg berichtet ebenfalls über die Vorgänge bei der Mißhandlung Schmidts. Man habe es Herrn Schmidt verwehrt, daß er, wie er verlangte, in die Wohnung des Ratskellerwirtes gebracht wurde, weil er da nicht geschützt genug gewesen wäre. In dem Zimmer im Gambrinus, das abgeschlossen gehalten wurde, befanden sich Schmidt und Herbig; Herbig hatte den Schlüssel zum Zimmer in der Tasche. Gelegentlich hat Herbig Schmidt gegenüber eine Aeußerung in dem Sinne getan, daß Schmidt so lange festgehalten werden würde, bis die Sicherheit Kilians feststehe.

Zeuge Langer hatte sich an der Mißhandlung der Landesjäger auf dem Markte beteiligt, auch ein Gewehr zerschlagen. Er habe wohl Kilian auf dem Balkon des Stadthauses gesehen, ob aber Kilian oder wer sonst gesprochen hat, vermag er nicht genau zu sagen. Der Zeuge hat keine bestimmten Anhaltepunkte dafür, daß die Mißhandlung des Lts. Schmidt vorbedacht ins Werk gesetzt worden ist, aber er folgert das aus allen Umständen. Der Zeuge hat wegen verschiedener Strafsachen in Untersuchungshaft gesessen und hierbei auch den wilden Mann gespielt. Das gibt der Zeuge unumwunden zu, denn, sagte er, ich mußte alle dem Angeklagten zustehenden Mittel ergreifen, um mich zu entlasten. Aus diesen Umständen folgert die Verteidigung mit die Unglaubwürdigkeit dieses Zeugen. Langer bemerkt, um die Osterzeit habe er seine sogenannte Denkschrift verfaßt. (Kilian erregt auffahrend: Sagen Sie: zusammengeschwindelt! — Vors.: Derartige Aeußerungen dürfen Sie nicht machen, sonst müßte das Gericht sich überlegen, was es da zu tun hat.

Sie sind hier nicht in einer Volksversammlung!)

In dieser Denkschrift habe er, der Zeuge, alles zusammengefaßt, was er damals gesehen und was er daraus gefolgert hat. Langer ist auch Kommunist gewesen.

Parteisekretär Hildebrandt hat am 1. März mit auf dem Balkon des Stadthauses gestanden, hat es aber abgelehnt, eine Rede zur Beruhigung der aufgeregten Menge zu halten, weil er eine solche Beruhigung für unmöglich hielt. Dann hat Böttge geredet und immer zur Ordnung und Ruhe gemahnt. Kilian hat er nicht auf dem Balkon gesehen. Der Zeuge will seinerzeit im Gewerkschaftshause Mieseberg, Ferchland und Weider gegenüber — und Weider bestätigt das heute — auf deren Ansinnen, daß die Bevölkerung bewaffnet werden sollte, erklärt haben, da müßten erst die Funktionäre gehört werden. Das soll von seiner Seite eine Ablehnung bedeutet haben. Daß Bürgermeister Seydel auf des Zeugen Ersuchen eine Rede an die Bevölkerung gehalten habe, hätte sehr zur Beruhigung beigetragen. Zeuge habe weder etwas dazu beigetragen, daß die Arbeiter bewaffnet wurden, noch wüßte er etwas davon, daß andere sich mit solchem Plane getragen haben. Er müßte es bestreiten, daß er von Kilian bestimmt worden wäre, auf den Bürgermeister Seydel einzuwirken, er handelte als Parteisekretär selbständig. Ihm sei nichts davon bewußt, daß von der U. S. P. Arbeiterwehren eingerichtet und daß die Arbeiter bewaffnet werden sollten. Daß Waffen nach Ammendorf geschafft wurden, sei ihm nicht bekannt geworden. Auf Befragen der Verteidigung antwortet der Zeuge, daß er später ganze Stöße von Anmeldungen aus der Sicherheitswehr zur U. S. P. vorgefunden habe. Am 7. Januar ist eine Truppe von 6—7 jungen Leuten der Kommunistischen Partei ins Parteisekretariat mehrfach eingedrungen und habe die Herausgabe der roten Fahnen und der Waffen verlangt. Gegen die Verbrennung von Flugblättern habe er sich energisch gewendet.

Zeuge Frede behauptet, daß Kilian mit auf dem Balkon gestanden habe, als Böttge sprach, und habe danach auch Kilian sprechen hören. Wie Kilian gesprochen hatte, sei die Menge über die Landesjäger hergefallen. Vom Balkon herab wäre auch gerufen worden: Leutnant Schmidt kommt!

Zeuge A. Chemnitz war im Rathause, als die Landesjäger mißhandelt wurden. Kilian war nicht auf dem Balkon als Böttge sprach, wenigstens hat er ihn nicht gesehen, an diesem Tage überhaupt nicht. Kilian war Mitglied des großen Arbeiterrates und Vorsitzender des mittleren Arbeiterrates. Im allgemeinen gelang es Kilian, seine Ansichten durchzudrücken. Konflikten mit dem Magistrat suchte Kilian aus dem Wege zu gehen. Als Ferchland verhaftet worden war, kamen Matrosen zum Arbeiterrat und verlangten die Festnahme des Oberbürgermeisters, der sich aber der Zeuge widersetzte, und auch Kilian habe sie strikt abgelehnt. Ebenso die Bewaffnung der Arbeiter. Infolge der politischen Stellung des Zeugen nimmt dieser an, daß ihm, der dem engeren Arbeiterrate angehörte, manches verheimlicht worden sein würde.

Der Arbeiterrat habe gegen die Regierung gearbeitet.

Der Zeuge ist auch auf Einladung Kilians hin bei der Vernehmung Hartungs im Saldatenrat zugegen gewesen. Von der Bewaffnung des Stadthauses durch den Soldatenrat anläßlich des bürgerlichen Demonstrationszuges hat der Zeuge Kenntnis. Kilian habe das draufgängerische Wesen im Arbeiterrat nach Möglichkeit zurückgedämmt. Im Rahmen seiner Partei habe Kilian beruhigend zu wirken versucht. Auch Dr. Kurt Geyer aus Leipzig ist mehrmals in Halle gewesen und hat den Arbeiterrat besucht.

Gegen ½4 Uhr wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Die Stellung des Kreislehrerrates im Schul- und Erziehungswesen der Stadt Halle.

Der Kreislehrerrat hatte am Freitag abend in der Torschule eine Versammlung anberaumt, zu der auch der Magistrat und die Stadtverordneten, die Presse u. a. eingeladen waren. Vom Magistrat war Herr Stadtrat Velthuysen erschienen. Herr Lorenz begrüßte als Vorsitzender des Kreislehrerates die Anwesenden und wies auf das Wesen der Lehrerräte hin, die eine Errungenschaft der Lehrerorganisationen sind. Der Lehrer gewinnt durch sie nicht an Vorrechten und falschen Freiheiten, sondern an Pflichten und Verantwortlichkeit. Die Zusammenarbeit mit dem Kreisschulinspektor hat sich bisher in befriedigender Weise vollzogen, aber der K. R. will auch an dem weiteren Erziehungswesen Anteil nehmen. Das zeigte Herr Rektor Breitbarth in seinem Referat:

„Die Stellung und Aufgaben der Lehrer und Lehrerinnen der Volks- und Mittelschulen im Schul- und Erziehungswesen der Stadt Halle."

Er führte etwa folgendes aus: Die Entwickelung des niedern Schulwesens in Deutschland und die Geschichte seiner Lehrer und Lehrerinnen sind ein einziger Leidensweg. Die Gründe liegen einerseits in der Zwitterstellung des Lehrers zwischen Staats- und Kommunalbeamten, andererseits darin, daß jeder sich berufen fühlt, in allen Schul- und Erziehungsfragen als geborener Fachmann die Arbeit der Schule zu kritisieren. Obwohl alle Parteien die Bedeutung der Jugenderziehung erkannt haben und sie für ihre Sonderbestrebungen dienstbar machen wollen, sind doch noch viele Menschen der Ansicht, daß der Lehrerstand weiter in Unmündigkeit erhalten werden kann und soll. Die Arbeitskraft tüchtiger Lehrer weiß man wohl zu schätzen, aber man versagt der Lehrerschaft das Mitbestimmungsrecht in allen Schul- und Erziehungsfragen. Daher die große Erbitterung unter den Lehrern. Die Behörden haben zwar bisher Worte des Wohlwollens und der Anerkennung genug gehabt. Die Lehrerschaft will aber endlich Taten sehen. Der Lehrer will nicht mehr bloß das Glied einer Maschine sein, er will mitbestimmen an der Gestaltung des Schulwesens und der Jugendfürsorge. Den Wünschen der Lehrerschaft ist durch die Einrichtung von Kreislehrerräten Rechnung getragen worden. Der Kreislehrerrat ist nur eine ganz bescheidene Abschlagszahlung einer längst fälligen Schuld. Gemäß den Erlassen des Ministeriums werden dem K. R. folgende Aufgaben zugewiesen: a) die Kreisschulinspektion in allen allgemeinen Fragen des Schulwesens, insbesondere bei der Regelung der Dienst- und Rechtsverhältnisse der Lehrkräfte, durch Stellung von Anträgen, Erstattung von Gutachten und tatsächlichen Mitteilungen zu beraten; b) Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art aus den Kreisen der Lehrerschaft entgegenzunehmen, zu prüfen und gegebenenfalls an die Kreisschulinspektion weiterzuleiten; c) die Kreisschulinspektion auf etwaige Mängel und Mißstände im Schulwesen des Bezirks hinzuweisen; d) der Kreisschulinspektion auf deren Ersuchen Sachverständige für bestimmte Gebiete des Schulwesens vorzuschlagen.

Der Kreisschulinspektor als solcher war gern bereit, mit dem K. R. zusammenzuarbeiten. Aber in einem Schulwesen, wie es die Stadt Halle hat, regelt alle wichtigen Schul- und Erziehungsfragen der Stadtschulrat und der Magistrat. Dieser aber lehnt eine Mitarbeit der Lehrerschaft ab und ersucht den K. R., seine Vorschläge an die Stelle zu richten, für die er in Frage kommt. Der K. R. hatte dem Magistrat für die Besetzung der Stellen eines Leiters des Jugendamtes und eines Berufsberaters Vorschläge gemacht. Der Magistrat wies sie aber in schroffer Form aus Zuständigkeitsgründen ab. Formell ist der Magistrat im Recht. Wie aber dann der K. R. seine Aufgabe erfüllen soll, ist eine Doktorfrage. Er bleibt ohne Einfluß auf das Erziehungswesen der Stadt, da alle einschlägigen Fragen vom Magistrat geregelt werden. So wird die Mitarbeit der Lehrerschaft von den vielen Zuständigkeitsbedenken erwürgt. Der Redner wies nun auf eine Reihe von Mißständen hin, bei deren Beseitigung der K. R. mitwirken könnte, die aber von dem Stadtschulrat oder einem städtischen Dezernenten geregelt werden, z. B. das System der Zwangsumschulungen, das die Erziehung der Kinder schwer schädigt und den Eltern das Interesse an der Schule nimmt. Sodann zeigte er, wieviel pädagogische Aufgaben der Lehrerstand zu erfüllen hat auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, Kindergärten und Kinderhorte, Einheitsschule usw. Wenn aber in all diesen Fragen die berufsständische Vertretung der Lehrerschaft ausgeschaltet werden soll, so wäre die hallische Lehrerschaft der anderer Kleinstädte sehr im Nachteil, da dort die Zuständigkeitsfrage nicht vorhanden ist. Unsere Stadtverwaltung muß die Arbeit des Erzieherstandes wesentlich anders einschätzen. Wenn wahr ist, daß nur die innere Erneuerung unseres Volkes die einzige Rettung vor vollkommenem Untergang und die Vorbedingung für einen Aufstieg ist, dann muß dem Erzieherstand ein ganz anderes Maß von Vertrauen in seine Arbeitskraft und in seinen Arbeitswillen entgegengebracht werden als bisher.

Reicher Beifall folgte den Ausführungen des Redners.

In der Aussprache

entbot zunächst Herr Stadtverordneter Bock die Grüße seiner Fraktion. Er machte der Lehrerschaft den Vorwurf, daß sie selbst schuld daran wäre, wenn sie noch immer nicht von den Behörden zur Mitarbeit herangezogen würde. Wie gewöhnlich schweifte er in seinen Ausführungen bald auf das politische Gebiet über und erklärte die Schulfrage für eine Machtfrage. Damit löste er aber den entschiedenen Widerspruch der Versammlung aus, der sich zu großem Unwillen steigerte, als er die religiösen Gefühle der Anwesenden verletzte, indem er den Schlußworten des Referenten: „Gott verläßt keinen Deutschen nicht" entgegensetzte: „Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selbst." Herr Mittelschullehrer Kunze trat dem Vorredner sofort entgegen und zeigte, daß das Bestreben der Lehrerschaft, Einfluß auf das Erziehungswesen zu gewinnen, nicht eine politische, sondern eine Sache des Gewissens ist. Herr Stadtrat Velthuysen betonte für seine Person, daß er gern bereit wäre, mit der Lehrerschaft Hand in Hand zu arbeiten und erklärte sich mit den Forderungen des Referenten durchaus einverstanden. Herr Stadtverordneter Balke (Deutschdem.) hielt eine Mitarbeit des K. R. für unbedingt erforderlich und zeigte an der Hand der Erfahrungen in seinen eigenen Beamtenvertretungen, wie Hindernisse zu überwinden sind. Herr Lehrer Wessel bedauerte die Abwesenheit des Kreisschulinspektors und brachte eine Entschließung ein, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Lehrer und Lehrerinnen an den hiesigen Volks- und Mittelschulen haben mit Bedauern festgestellt, daß die städtischen Behörden Bedenken tragen, mit der berufsständischen Vertretung der hallischen Lehrerschaft (Kreislehrerrat) in Erziehungsfragen zusammenzuarbeiten.

Die Lehrerschaft billigt die vom Kreislehrerrat unternommenen Schritte, Einfluß auf die Gestaltung unseres gesamten Erziehungswesens zu gewinnen. Sie ist bereit und gewillt, mitzuarbeiten und wenn nötig, auch mit zu kämpfen, bis dem Erzieherstande eine seiner Arbeit und seiner Verantwortung entsprechende Stellung bei Entscheidungen über Erziehungsfragen eingeräumt wird."

Provinzial-Nachrichten.

— **Zerbst**, 23 Nov. (Die städtische Naßsteinpresse) hat heute endlich ihren Betrieb aufnehmen können. Die Anlage ist auf tägliche Herstellung von etwa 25 000 bis 30 000 Preßsteine eingerichtet. Am Donnerstag soll der erste Naßpreßsteinverkauf stattfinden.

+ **Naumburg**, 24. Nov. (In der Stadtverordnetensitzung) wurde ein Antrag, die Gemeindeeinkommensteuer für die beiden letzten Steuertermine des laufenden Jahres von 167 Prozent auf 344 Prozent zu erhöhen, angenommen.

+ **Ruhla**, 23. Nov. (Zur Bürgermeisterwahl) in Ruhla G. A. haben sich insgesamt 37 Bewerber gemeldet. Ihrem Beruf nach sind 8 Bürgermeister, 10 Verwaltungsbeamte, 1 Bureauassistent, 1 Distriktskommissar, 2 Majore a. D., 1 Oberleutnant, 1 Feuerwerks-Kapitänleutnant, 1 Zahlmeister, 1 Gerichtsassessor, 1 Referendar, 1 Dr. jur. und 4 weitere Doktoren, 2 Ingenieure und eine Anzahl ohne Berufsangabe. Zur engeren Wahl sind folgende 4 Herren gestellt: Bürgermeister König (Ruhla), Verwaltungsbeamter Karl Reschke (Lichtenau bei Berlin), Dr. jur. Kleeberg (Berlin-Schöneberg), Stadtsekretär Werner (Kiel).

Vermischtes.

Alkoholvergiftungen im „trockenen" Amerika. Seitdem die Vereinigten Staaten „trocken gelegt" worden sind, häufen sich in krasser Weise die Fälle, in denen Unverbesserliche starke Vergiftungen dadurch davontragen, daß sie den verbotenen Alkohol in Formen genießen, die gemeinhin nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191125016/fragment/page=0003

zum äußeren Gebrauch bestimmt sind. So sind an mehreren Orten Nordamerikas unlängst Männer nach dem Genuß des als Bayrum bekannten alkoholischen Haarwassers in kürzester Frist eines jämmerlichen Todes gestorben. Das übertriebene Enthaltsamkeitsgebot scheint demnach in Amerika die gleichen Wirkungen hervorzurufen wie seinerzeit in Rußland, wo schließlich Petroleum und Möbellack den Wodka ersetzten. Während nun in den Vereinigten Staaten einerseits Drogisten und Barbiere scharf verwarnt worden sind, alle Spiritus enthaltenden Waren nur an zuverlässige Personen zu verkaufen, sind anderseits die traurigen Vergiftungserscheinungen natürlich Wasser auf die Mühle der erbitterten Gegner des leidvollen Alkoholverbots. (ml.)

Der Schah und die Frauen. Als der Schah Nasredin, der Großvater des jetzt in England weilenden Schahs, auf seiner dritten Europareise im Jahre 1889 nach London kam, traf er in einer Gesellschaft auch mit Gladstone zusammen. Bei dieser Gelegenheit machte ihn jemand darauf aufmerksam, daß Gladstone im Begriff stände, mit seiner Frau das Fest der goldenen Hochzeit zu begehen. Der Schah aber wußte, nachdem ihm eine Erklärung des Sinnes dieses ihm unbekannten Begriffs gegeben worden war, nur zu bemerken: „Es ist immer noch besser, mit einer Frau 50 Jahre lang zu leben, als mit 50 Frauen ein Jahr lang.“ Trotzdem ersuchte der persische Monarch, als er in der Londoner Alhambra einer Ballettvorstellung beiwohnte, einen Kammerherren, augenblicklich zum Direktor zu gehen und ihm die „Mädels in der ersten Ballettreihe“ für heimatlichen Harem zu kaufen. Sehr hübsch ist auch die Geschichte, die von Nasredins Sohn Muzaffer ed Din erzählt wird, der ebenso wie sein Vater Europa dreimal besucht hat. Zu seinem Empfang veranstaltete man im Jahre 1896 in der Covent Garden Oper in London eine Galavorstellung, zu der eine Anzahl berühmter Gesangsterne herangezogen worden war. Der Schah war aber so entzückt von dem Stimmen der Streichinstrumente im Orchester, daß auf sein Ersuchen der Eröffnungschor der Oper unterbrochen werden mußte, um den Orchestermusikern Gelegenheit zu geben, nochmals ihre Instrumente zu stimmen, weil dieses dem exotischen Gast den größten Ohrenschmaus bereitete. (g.)

Der mutige Lehrer. In der norwegischen Zeitung „Skolebladet“ findet sich folgender offener Brief an den Staatsminister Gunnar Knudsen: „Sie wollen die zuständigen Stellen von Nachstehendem unterrichten: Die staatliche Teuerungszulage für die norwegischen Volksschullehrer war am 1. Oktober 1919 fällig. Ich habe indessen noch nicht einmal die Empfangsbestätigung zur Ausfüllung erhalten. Nun will ich aber sofort mein Geld haben.“ (h.)

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich).

Ruf nach der Polizei — skandalöse Zustände auf der H. H. E.

Die skandalösen Zustände auf der Halle-Hettstedter Eisenbahn sind so allgemein bekannt, daß es sich eigentlich erübrigt, auf sie näher einzugehen. Alle Eingaben, alle mündlichen Vorstellungen, alle gutgemeinten Anregungen von dem reisenden Publikum und von den anliegenden Gemeinden nützen nichts, werden sogar in ungehöriger Weise schriftlich, mündlich und durch Fernsprecher von der hiesigen Betriebsverwaltung beantwortet. Daß die Reisenden absichtlich zurückgelassen werden, trotzdem der Zug noch steht, und daß 14 Personen, die sich Monatskarten lösen wollten, zurückbleiben mußten wegen mangelhafter Bedienung am Schalter, daß das Schalter- und das Aufsichtspersonal geradezu grob sich gegen das Publikum benehmen, das ist alles an der Tagesordnung. Daß aber die Stationsbeamten und ein Kontrolleur sich mit den Fahrgästen prügeln, weil die Fahrgäste wegen Platz- und Raummangel entweder auf der Plattform oder in anderen Wagenabteilen stehen müssen — es ist schon wiederholt mündlich und schriftlich um Einstellung von mehr Wagen 3. Klasse bei den sogenannten Arbeiterzügen, namentlich bei dem 6,42 früh hier ankommenden Zuge gebeten worden — und daß dann, wie am 22. November früh, Polizei aufgestellt wird und sich der betr. Stationsbeamte aus Furcht vor der zu erwartenden Prügel abseits stellt, das dürfte wohl alles Dagewesene übersteigen. Alle diese Zustände fallen nur der H. H. E. selbst zur Last, die Arbeiter und die sonstigen Fahrgäste haben sich bisher stets tadellos betragen, aber einmal hört die Geduld doch auf. Der Kontrolleur hat sogar geäußert, daß, wenn die Reisenden sich nicht fügen würden, der betr. Zug aufgehoben würde, so daß alle laufen müßten. Erst im Oktober streikten die Beamten, aber Fahrgeld auf die unbenutzt gebliebenen Monatskarten wurde nicht vergütet, trotzdem der Streik lediglich von der Verwaltung selbst hätte vermieden werden können, also von ihr selbst verschuldet war. Und nun, da sich die Herren nicht zu helfen wissen, rufen sie nach der Polizei. In gleicher Weise oder mit noch mehr Recht könnten die Fahrgäste nach der Polizei rufen und den Staatsanwalt bitten, sich einmal das Gesetzwidrige bei der Beförderung der Reisenden anzusehen. Wenn dieser Hinweis nicht genügen sollte, Wandel auf der H. H. E. zu schaffen, können wir mit einer Unmenge Mißständen aufwarten; wir warten nur darauf, daß die ganze Sache endlich einmal an der richtigen Stelle zur Verhandlung kommt. zys.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nb. Der Verkehr an den deutschen Rohzuckermärkten hielt sich während der Berichtswoche in engen Grenzen, da die Märkte vollkommen unter dem Einfluß der Sorge um die Einbringung der eingeschneiten, noch im Boden befindlichen Zuckerrüben standen. Trotz des in den hauptsächlichsten Rübenbezirken eingetretenen Tauwetters liegt der Schnee noch immer so hoch auf den Feldern, daß an eine Wiederaufnahme der Rübenernte noch nicht gedacht werden konnte. Die Folge davon war die weitere Stillegung von Rohzuckerfabriken, denen die Rüben zur Verarbeitung fehlten. Es wird vom weiteren Verlauf der Witterung abhängen, wann an die Bergung des Rübenrestes gedacht werden kann, der im Durchschnitt leider noch ein Drittel der Gesamternte beträgt. Für die Zuckerverbraucher erscheinen die Aussichten jetzt noch trüber, als sie bisher waren. In Industriekreisen rechnet man nur noch mit einer Erzeugung von allerhöchstens 10 Millionen Zentner. Aber selbst wenn man dieser Zahl noch 1 bis 2 Millionen hinzufügt, was schließlich wohl doch als richtig angenommen werden kann, so bleibt die Erzeugung doch viel zu gering, um auch nur den notwendigsten Bedarf decken zu können. Ein erheblicher Teil des Bedarfs müßte dann durch ausländischen Zucker gedeckt werden, zu Preisen, die fünf- bis sechsmal so hoch sein werden, als der augenblickliche Inlandpreis für Zucker beträgt. Andererseits ist es aber noch gar nicht einmal ausgemacht, daß vom Auslande genügende Zuckermengen beschafft werden können. In Böhmen, dem einzigen europäischen Lande, das Zucker ausführen kann, hat das Wetter ebenfalls sehr ungünstigen Einfluß ausgeübt, und 60 böhmisch-mährische Zuckerfabriken mußten den Betrieb einstellen. Die noch im Boden befindliche Rübenmenge wird auf nicht weniger als 40 Proz. geschätzt. Die Ausfuhrmöglichkeiten des böhmischen Zuckers müssen also stark herabgesetzt erscheinen. Die Einfuhrquelle von Rohzucker aber, aus der wir den Rest unseres Bedarfes glaubten schöpfen zu können, ist verstopft worden. Nur die Vereinigten Staaten von Amerika kamen hier als Lieferanten in bemerkenswertem Umfange in Betracht. Da aber auch dort trotz der Riesenernte auf Kuba, die von der amerikanischen Union aufgekauft ist, kein überflüssiger Zucker vorhanden ist, hat die amerikanische Regierung sich veranlaßt gesehen, ein Ausfuhrverbot auf Zucker zu legen, und zwar für den Zeitraum von höchstens sechs Monaten. Deshalb erscheint es um so notwendiger, zu jedem Mittel zu greifen, das geeignet ist, die inländische Zuckererzeugung zu heben. Für den Augenblick handelt es sich darum, die Zuckerfabriken trotz allen Ungemachs arbeitsfreudig zu erhalten. Dies kann aber nur geschehen, wenn ihren Wünschen soweit wie möglich Rechnung getragen wird. Es handelt sich um die alten bekannten Forderungen, namentlich um die Aufehbung der Zwangswirtschaft für Zucker wenigstens vom nächsten Erntejahre ab. Für den Augenblick wird eine weitere starke Heraufsetzung der Zuckerpreise verlangt. Das Reichswirtschaftsministerium beschäftigt sich mit den vorgeschlagenen Maßnahmen, und es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß schon in allerkürzester Zeit eine Aenderung der bisherigen Zuckerwirtschaft eintritt. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Milderung der Zwangsbestimmungen, um die Schaffung eines Ueberganges zu ihrer gänzlichen Aufhebung. Die nächsten Tage dürften bereits die Entscheidung bringen.

Am Raffinademarkte blieben die Umsätze geringfügig. Die Bestände auf den Raffinerien schmelzen immer weiter zusammen, und nur noch ein Teil der Raffinerien ist damit beschäftigt, die letzten Reste des alten Rohzuckers zur Verarbeitung zu bringen. Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit auf den Raffinerien, die dem neuen Rohzucker gelten würde, ist noch unbestimmt. Tritt er noch im Dezember oder Anfang Januar ein, so ist die Möglichkeit gegeben, daß von der Verteilung von Rohzucker anstatt Raffinaden an die Haushaltungen ziemlich ganz Abstand genommen werden kann.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 24. Nov. Die Börse zeigte im allgemeinen das gleiche Bild der Unentschiedenheit und Unsicherheit, wie in den letzten Tagen der Vorwoche. Die Besserung der Markvaluta war ohne erkennbaren Einfluß. Auslandsaktien sowie auch Kolonial- und Petroleumwerte setzten höher ein, insbesondere Steaua Romona, Schantung und Kanada. Letztere verloren allerdings später unter lebhaften Schwankungen ein Teil des Gewinnes. Nur Deutsch-Uebersee-Elektrische büßten etwa 25 Proz. ein, wovon ein Teil später wieder eingeholt wurde. Im übrigen gestaltete sich der Verkehr ruhiger, wobei Unklarheit bezüglich der Rückreise Simons von der deutschen Abordnung aus Paris angeblich eine Rolle spielte. Kursbesserungen hatten durchaus das Uebergewicht. Lebhafte Käufe vollzogen sich in Phönixaktien, die nach anfänglicher Abschwächung gegen Sonnabend 4 Proz. gewannen. Ferner lagen Farbwerte meist höher, Badische Anilin sogar um mehr als 20 Proz. Einzelne Spezialwerte, wie Thaler Eisenhütte, und festverzinsliche Papiere befestigten sich meist, namentlich deutsche Anleihen. Oesterreichische Anleihen waren kaum verändert, ungarische eher fester.

Devisenkurse.

Berlin. 24. November.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	1609,50	1612,50	1661,0	1664,00
Dänemark	100 Kr.	860.25	861.75	879 25	880 75
Schweden	100 Kr.	951 75	953,25	974 25	975.75
Norwegen	100 Kr.	924.25	925 75	939 25	940.75
Schweiz	100 Fr.	764 25	765 75	781.25	785,75
Wien, altes		32,20	32,30	30 45	30,55
Oesterreich, abgest.		28,45	28 55	28 85	28,95
Prag		75 90	76 10	72.65	72,85
Ungarn		32,45	32,55	32,70	32,80

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 824,25 Brief 825.75 für 100 Pesetas
Helsingfors 142,25 143,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 24. November. Am Produktenmarkt war die Haltung für Hafer unentschieden. Die Käufer beobachten Vorsicht. Die Angebote auf Abladung finden nur schwer Unterkommen. Allerdings hört man nichts von einer Nachgiebigkeit der Verkäufer. Der starke Begehr nach Erbsen hielt an. Die Preise behaupteten ihren hohen Stand. Dasselbe gilt für Bohnen. Peluschken, Pferdebohnen und Wicken stellten sich wiederum höher. Feste Haltung bewahrten auch Lupinen und Serradella. Heu und Stroh wurden vielfach zu höheren Preisen umgesetzt. Für Rüben zeigte sich mehr Interesse.

Berlin, 24. November. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko ab Bahn 1800—1820. Tendenz ruhig.

Der Tiefstand der englischen Siegesanleihe. Die im Juli zu 85 Prozent ausgegebenen 4proz. „Victory Loan“ ist dieser Tage bis auf 80¼ zurückgegangen, die gleichzeitig zu 80 Prozent ausgegebene Funding Loan steht 74¾, die zu 95 Prozent herausgekommenen 91 Prozent, die zum selben Kurs emittierte 3½proz. 85⅝, die zu pari aufgelegten 4½proz. sind 85⅓. Auch der Sieger hat seine Sorgen.

Große Auslandsaufträge für die deutsche Lokomotivindustrie. Die deutschen Lokomotivfabriken sind zurzeit bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit Auslandsaufträgen beschäftigt. Der Hannoverschen Maschinenfabrik vorm. Egestorff ist in diesen Tagen ein Auftrag von 2000 Lokomotiven für die argentinische Regierung zugegangen. Die Lieferungsfrist erstreckt sich auf mehrere Jahre. Den deutschen Lokomotivfabriken wird in der Versorgung von Betriebsmaterial, wie Kohle, Kupfer und Oelen auf Seiten der ausländischen Besteller weitgehendst entgegengekommen.

Deutsche Kaliausfuhr nach Amerika. Man schreibt dem „C. C.“: In der „Deutschen Allgem. Ztg.“ war kürzlich eine Mitteilung enthalten, nach der die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen dem deutschen Kalisyndikat und amerikanischen Vertretern über eine bedeutende Lieferung deutscher Kalisalze nach Amerika gescheitert wären, weil Deutschland die als Gegenwert für das Kali angebotenen Nahrungsmittel nicht hätte übernehmen können. Diese Darstellung ist geeignet, irrige Auffassungen über die Ansichten unserer Kaliindustrie zur Versorgung des amerikanischen Marktes zu erwecken. Richtig ist, daß das Kompensationsgeschäft, Lebensmittel gegen Kali, nicht zustande gekommen ist. Aber die Verhandlungen wegen der deutschen Kalilieferung sind keineswegs abgebrochen. Es ist vielmehr zu hoffen, daß der Abschluß in dem in Aussicht genommenen Umfang doch zustande kommen wird. Die Vereinigten Staaten brauchen deutsche Kalisalze dringend, da die elsässische Kaliindustrie vorläufig nicht lieferungsfähig ist. Freilich ist auch die deutsche Kaliindustrie nur dann lieferungsfähig, wenn sie weit reichlicher mit Kohlen versorgt wird, als es bisher geschehen ist.

Die Salzgewinnung und der Kohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Halle. Nach einer Uebersicht des Oberbergamts Halle wurden in den ersten drei Vierteljahren 221 216 To. Steinsalz gewonnen gegen 406 796 To. in der gleichen Zeit des Vorjahres, also 185 580 To. weniger. (Außerdem im Moltkeschacht in Schönebeck unter Tage 15 074 gegen 20 846 To.) Abgesetzt wurden im gleichen Zeitraum 221 252 gegen 410 165 To. oder 188 913 To. weniger. Die Gewinnung von Kalisalz betrug 2 176 019 gegen 3 045 840 To., also 869 821 To. weniger; der Absatz 2 230 454 gegen 3 102 607 To. oder 872 153 To. weniger. Für Siedesalz stellten sich die Ziffern bei der Gewinnung auf 51 753 gegen 67 962 To. oder 16 209 To. weniger, beim Absatz auf 48 095 gegen 62 980 To. oder 14 885 To. weniger. Dagegen wurden in der gleichen Zeit durchschnittlich 5506 Personen bei der Kalisalzgewinnung und 250 Personen bei der Siedesalzgewinnung mehr beschäftigt als in der gleichen Vorjahrszeit. — Die Kohlenförderung hat vom 1. bis 3. Vierteljahr für Steinkohle eine Besserung um 7110 auf 10 929 To. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres (3968 To.) erfahren, für Braunkohle ist dagegen eine Verringerung um 7 739 718 auf 33 556 580 To. (41 296 298 To.) zu verzeichnen. Der Absatz zeigt bei Steinkohle eine Besserung um 6753 auf 10 929 To., bei Braunkohle dagegen eine Verschlechterung um 7 770 161 auf 33 539 942 To. Im Steinkohlenbergbau waren 46, im Braunkohlenbergbau 29 389 Personen durchschnittlich mehr beschäftigt als im gleichen Vorjahrszeitraum.

H. Schomburg & Söhne A.-G. Die Bilanz per 30. September 1919 zeigt einen Reingewinn von ca. 775 735 (i. V. 501 264) Mk. Der am 11. Dezember stattfindenden Generalversammlung soll die Ueberweisung von 100 000 Mk. an den Arbeiter-Unterstützungsfonds sowie von 50 000 Mk. in die ordentlichen Reserven und die Verteilung einer Dividende von 20 Proz. sowie eines Bonus von weiteren 20 Proz. (i. V. 20 Proz. Dividende und 15 Proz. Bonus) vorgeschlagen werden.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 22. Nov. Weizen: Nov. —, Dez. —, Jan. —, Mai —, Juli —, Sept. —. Mais: Nov. —, Dez. 131⅝, Jan. —, Mai 126⅛, Juli 125⅞, Sept. 124⅝. Schmalz: Nov. 24,97½, Dez. —, Jan. 23,50, Mai 23,30. Pork: Nov. —, Dez. 33,20, Jan. 31,75, Mai —. Rippen: Nov. —, Dez. 18,67½, Jan. 18,17½, Mai —. Hafer: Nov. —, Dez. 72¼, Jan. —, Mai 75¾.

Newyork, 22. Nov. Winter- und Sommerweizen: 237½. Mais: loko, neue Ernte 160¼. Mehl: 9,25—10,25. Schmalz: 25,47. Kaffee: 15¹¹/₁₆.

Berliner Börse

vom 24. November 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch.Schatzsch VI—IX	78,00
5% Dtsch. Reichsanl.	77,75
4% „ „	66,25
3½% „ „	61,00
3% „ „	62,10
4% Preuß. Konsols	62,00
3½% „ „	54,75
3% „ „	54,75
4% Charl. Stadtanl. 89/99	95,20
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs.Neulandsch Pfdbf.	96,50
4% Preuß. Centr.Bod. Pfdbf.	94,80
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911	—
4½% Dess.Gas Oblig	—
4% DessauerGas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	30,00
4% Ungar. Goldrente	66,75
4% Ungar. Kronenrente	35,25
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	83,00
Halle-Hettstedter	67,50
Schantungbahn	235,80
Allg. Lokal-Str.	144,00
Gr. Berl. Str.	112,75
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	890,00
Orientbahn	205,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	115,25
Hambg. Südamerika	216,00
Hansa-Dampfschiff.	299,25
Nordd. Lloyd	119,13
Bank-Aktien:	
Bank i. Thür.	180,80
Berl. Handelsges.	160,00
Commerz-Diskontobank	135,50
Darmstädter Bank	119,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	251,00
Diskonto-Comm.	176,50
Dresdner Bank	148,00
Leipzig. Credit-Anst.	137,50
Mitteld. Kreditbank	129,00
Mitteld. Privatbank	—
Nationalbank	124,00
Oesterr. Kredit	110,00
Reichsbank	150,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	284,25
Akt. f. Anilin	299,75
Allgem. Elektr. Ges.	289,00
Ammendorfer Papierfabrik	822,00
Anhalter Kohlenw.	230,00
Annaberger Steingut	220,00
Badische Anilin	488,00
Bergmann Elekt.Akt.	170,25
Berl. Masch.-Bau	235,50
Bismarckhütte	260,00
Bochumer Gußstahl	228,00
Chem.-Fabr. Buckau	—

Chem Griesheim	285,00
Chem. Heyden	270,00
Consolidation Schalk	355,00
CröllwitzerPapierfbk	216 50
Daimler Motoren	250,00
Deutsche Luxemburg	196,00
Deutsche Uebersee-Elektr.	500,00
Deutsche Erdöl	489,00
Deutsche Gasglühl.	—
Deutsche Kali	284,75
Deutsche Waffen und Mun.	239,50
Donnersmarckhütte	262,50
Döring & Lehrmann	124,50
Dürrkoppwerk	344,00
Engelhardt-Brauerei	262,50
Elberfelder Farben	385,00
Felten & Guilleaume	248,12
Gasmotoren Deutz	164,00
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	152,25
Gelsenkirchen Berg.	272,00
Glauziger-Zuckerfbk	285,00
Hallesche Maschfbk.	397,50
Hann. Masch.	369,00
Harpener Berg	217,25
Hasper Eisen	218 00
Hirsch Kupfer	280,00
Höchster Farbwerke	353,80
Hoesch Eisen u. Stahl	285,00
Hohenlohe Werke	139,50
Humboldt Masch.	157,80
Ilse Bergbau	899,84
Kahla Porzellan	394,50
Kaliw. Aschersleben	222,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	148,00
Lauchhammer	180,00
Laurahütte	—
Linke & Hofmann	350,00
Ludwig Loewe & Co.	290,00
Lothringer Hütte	184,00
Mannesmannröhren	219,00
Masch.-Fabr. Buckau	173,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	151,00
do. Caro Hag.	164,00
do. Kokswerke	254,75
Orenstein & Koppel	215,00
Phönix Berg	291,00
Rhein. Metall-Vorz.	215,00
Rhein. Stahlwaren	179,25
Riebeck. Montan	268,00
Rombacher Hütten	169,75
Rositzer Braunk.	200,00
Rositzer Zucker	165,00
Sangerhäuser Masch.	295,00
HugoSchneider A.-G.	210,25
Schuckert & Co.	159,00
Siemens & Halske	248,00
Stettiner Chem.	225,80
Stettiner Vulkan	119,50
Stollberger Zinkh.	248,50
Strals. Spielkarten	—
Thale-Eisenhütte	287,25
Triptis Porzellan	183,00
Türk. Tabakregie	823,00
Ver. Köln-Rottweiler	228,00
Ver. Glanzstoff	735,00
Wegelin & Hübner	168,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	835,80
Wittener Gußstahl	249,00
Wrede Mälzerei	114,00
Zeitzer Masch.	450,00
Zellstoff Waldhof	218,00
Otavi-Minen	350,00

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191125016/fragment/page=0004